

Regierung

Was hat die scheidende Bundesregierung
oder angestoßen, und was muss die

Wir haben nach Mei



VERA LUX

ist Präsidentin des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe (DBfK).

Die scheidende Bundesregierung hat mit Gesetzen wie dem Pflegeassistenten-, Pflegekompetenz- und Advance Practice-Nurse-Gesetz erste Schritte zur Stärkung der professionellen Pflege auf den Weg gebracht. Ziel sind unter anderem eine einheitliche Pflegefachassistenten-Ausbildung und mehr Befugnisse bei der Heilkundeübertragung. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat die Schlüsselrolle der professionellen Pflege erkannt, doch die Maßnahmen bleiben hinter den Erwartungen des DBfK zurück. Wir appellieren an die nächste Bundesregierung, die Gesetze in den Koalitionsvertrag aufzunehmen und zügig umzusetzen, denn Pflege kann mehr als sie darf. Angesichts des demografischen Wandels ist es bereits fünf nach zwölf.



BERND MEURER

ist Präsident des Berufsverbands privater Anbieter sozialer Dienste (bpa).

Die Ampelregierung hat viele Reisen unternommen und markige Worte wie den „Jobturbo“ entwickelt, konkrete Schritte im Kampf gegen den Personalmangel gab es jedoch wenige. Im Inland sorgte das Festhalten an der Generalistik für ein weitgehendes Stagnieren der Ausbildungszahlen. Inzwischen erfolgt der Aufwuchs an Pflegekräften nur noch durch Zuwanderung, das belegen Studien. Aber auch hier war eher ein mühsames Ringen um leichte Beschleunigungen bei der Anerkennung zu erleben als wirkliche Innovationen, die internationale Pflegekräfte schnell in die Versorgung bringen könnten. Im Durchschnitt dauert es immer noch unglaubliche 500 Tage. Die Zahl der anerkannten internationalen Pflegekräfte ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen – eher trotz als wegen der letzten Bundesregierung.



THORDIS ECKHARDT

ist Geschäftsführerin des Finsoz e.V. Digitalverband Sozialwirtschaft.

„Sie bemühte sich“ – so könnte die pflegepolitische Bilanz der Ampelregierung lauten. Erwartungen und Ziele waren hoch: 14 Gesetzentwürfe wollte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach bis Juli 2024 vorlegen – mit der Pflege als Appendix. Das Ergebnis auf der Habenseite „Pflege“: Digital-Gesetz, Krankenhauspflegeentlastungsgesetz, Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz. In Warteschleife: Pflegekompetenzgesetz und Pflegefachassistentengesetz. Eingerichtet wurde das „Kompetenzzentrum Digitalisierung und Pflege“. Verpasst? Die Chance, nach fast 30 Jahren Pflegeversicherung endlich ein Pflegereformgesetz zu initiieren. Und die Telematikinfrastruktur für die Pflege? Kommt. PUEG und BMG-Digitalisierungsstrategie trieben sie voran – allein der Zeitplan strachelte (wieder einmal). Die Bilanz? Es war nicht umsonst.

gsbilanz

gierung pflegepolitisch erreicht
nächste Bundesregierung leisten?
nungen gefragt.



PROF. DR. JOHANNES GRÄSKE

ist Professor für Pflegewissenschaft an der Alice-Salomon-Hochschule.

Die scheidende Bundesregierung hat wichtige Fortschritte für das Pflegestudium auf den Weg gebracht. Mit dem Pflegestudiumstärkungsgesetz wurde endlich die Finanzierung für Studierende und Kooperationseinrichtungen geregelt, ein Anstieg der Studierendenzahlen ist bereits jetzt zu verzeichnen. Auch der Einstieg in die Heilkundeübertragung ist ein Meilenstein – hier hätte jedoch eine frühzeitige Einbindung der Hochschulen einige Klippen umschiffen. Besonders positiv war der enge Austausch mit Verbänden bei Initiativen wie dem Advanced Practice Nurse-Gesetz. Die neue Regierung steht nun in der Verantwortung, dieses Vorhaben zügig umzusetzen, um das Pflegestudium und den Berufsstand nachhaltig zu stärken.



CHRISTINE VOGLER

ist Präsidentin des Deutschen Pflegerats.

Die Bundesregierung hat mit dem Gesetzentwurf für ein Pflegefachassistenteneinführungsgesetz, dem Entwurf für das Pflegekompetenzgesetz und den Überlegungen für ein APN-Gesetz vielversprechende Schritte unternommen, um die Profession Pflege auch in der Bildung zu stärken. Doch genau an diesem Punkt wurde der Prozess gestoppt – eine ungenutzte Chance. Die nächste Regierung muss dies sofort aufgreifen. Pflege braucht eine Taskforce. Berufsattraktivität und Versorgungsqualität hängen maßgeblich von Bildungs- und Karrierestrukturen ab. Dazu braucht es einheitliche Bildungsstrukturen von der Assistenz bis zum Studium. Das Pflegeberufegesetz ist im Kern unstrittig, wird nun evaluiert und weiterentwickelt. Das Pflegefachassistenteneinführungsgesetz ist im parlamentarischen Verfahren und könnte fraktionsübergreifend abgestimmt werden. Es scheint nun allerdings dem Wahlkampf zum Opfer zu fallen.



MARCUS JOGERST-RATZKA

ist Vorsitzender der Pflegegewerkschaft BochumerBund.

Die letzte Legislatur ist wieder eine verlorene für die professionell Pflegenden. Zwar wurden Gesetze auf den Weg gebracht, aber diese blieben weit hinter dem Notwendigen zurück. Im Krankenhausstrukturgesetz kommt Pflege fast nicht vor. Die PPR 2.0 ist nicht ausreichend und bis jetzt nicht umgesetzt. Das Pflegekompetenzgesetz ist unzureichend und kommt nun vermutlich erst einmal nicht. Das Personalbemessungsverfahren in der Langzeitpflege ist zwar auf dem Weg, aber durch die fehlende Regelung zur Pflegeassistenz erst einmal länger nicht ausreichend umsetzbar. Voreilig wurde in einigen Regionen bereits die Fachkraftquote ausgesetzt. Der Arbeitsdruck steigt weiter und von einer fairen und angemessenen Entlohnung sind wir immer noch weit entfernt. Von der nächsten Regierung erwarte ich eine Orientierung an Notwendigkeiten und nicht am kleinsten gemeinsamen Nenner.